



GEMEINSAM.

WIRKSAM. GRÜN.

KANTONALE WAHLEN 2026

GRÜNE SCHWERPUNKTE

UNSERE SCHWERPUNKTE FÜR DEN KANTON BERN 2026-2030

Der Kanton Bern, urban und ländlich zugleich, ist reich an wunderschönen Landschaften, vielfältigen Regionen, Kulturen und Menschen. Er birgt das Potenzial, Vorbild zu sein – **für vielfältige Lebensentwürfe, kluge Lösungen beim Klimaschutz und beim Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie für eine solidarische Gesellschaft.**

Leider verhindert die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat und im Grossen Rat eine zukunftsfähige Entwicklung. Sie verzögert aktiv den Klimaschutz, baut den Service Public ab, spart im Bildungs- und Gesundheitswesen, senkt Steuern für Reiche und vertrödelt die Energiewende.

Ein Richtungswechsel ist dringend nötig. Dafür stehen wir GRÜNE.

Wir engagieren uns für einen Kanton Bern, der den Klimaschutz an erste Stelle setzt, die Biodiversität und die Grüne Wirtschaft fördert, sich solidarisch mit Minderheiten, Menschen in schwierigen Lebenssituationen und Geflüchteten zeigt. Ein Kanton, der für eine starke Sozialpolitik, gute Gesundheitsversorgung für alle, verlässliche Kinderbetreuung und eine qualitativ hochstehende Bildung steht. Wir wollen das brachliegende Potenzial nutzen und den Kanton Bern gemeinsam weiterbringen. **Wir übernehmen Verantwortung. Für heute, morgen und die kommenden Generationen.**





KLIMA SCHÜTZEN, MOBILITÄTSWENDE BESCHLEUNIGEN

Dank den GRÜNEN hat der Kanton Bern das Netto-Null-Ziel 2050 in seiner Verfassung verankert: Die Regierung muss eine Klimastrategie erarbeiten und ein Investitionspaket für die Klimawende aufgleisen. Mit dem Gegenvorschlag zur Solar-Initiative der GRÜNEN gilt neu zumindest bei Neubauten eine Solarpflicht. Zusammen mit der Bevölkerung und direkt betroffenen Bäuer*innen bekämpfen wir den Bau von Megastrassen in Aarwangen und Burgdorf. Auch das Volks-Nein zu den Autobahn-Ausbauten in der Region Bern zeigt: Solch überdimensionierte Strassenbauprojekte sind von vorgestern!

Hitzeperioden, Unwetter, Bergstürze, Überschwemmungen, Ernteaussfälle und schmelzende Gletscher: Die Auswirkungen der Klimakatastrophe sind spür- und sichtbar, gerade im Kanton Bern. Agieren statt Reagieren ist Pflicht. Jährlich investieren wir Millionen in Hochwasserschutz und Überwachung der Bergregionen. Gleichzeitig stagniert die Klimapolitik, weil der politische Wille fehlt und die finanzpolitischen Prioritäten falsch gesetzt werden. Das kommt uns Tag für Tag teuer zu stehen. Strom aus Sonne, Wind und Wasser, Mobilität mit Velo und ÖV und kluge Ortsplanung gegen Hitzeinseln ermöglichen nicht nur Zukunft, sondern verbessern auch die Gegenwart.



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- Umdenken in der Energiepolitik: Gesetze, damit fossile Heizungen rascher ersetzt werden, Vorschriften für mehr Energieeffizienz für Unternehmen und Verwaltung, Förderung neuer Technologien.
- Klare Vorgaben für die BKW und alle anderen Stromversorger: Solarstrom muss gefördert und angemessen entschädigt werden; aus fossilen Energien und der Atomkraft ist vollständig auszusteigen.
- Massnahmen, damit die zunehmenden Wetterextreme besser verträglich werden, besonders für vulnerable Gruppen: mehr Zugang zu Wasser im öffentlichen Raum, Entsiegelung von Flächen, Schatten und Grünflächen, Kampagnen zur Sensibilisierung der Direktbetroffenen wie auch der politischen Entscheidungsträger*innen in den Gemeinden.
- Einen Velorouten-Express, um den Velo/E-Bike-Anteil am Verkehr von heute 9 Prozent auf 20 Prozent zu steigern.
- Tempo 30-Zonen in allen Städten, Dörfern und Agglomerationen, Tempo 20-Begegnungszonen auf Quartierstrassen sowie Temporeduktionen auf Kantonsstrassen, für mehr Lebensqualität und Sicherheit.
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorab in Agglomerationen und ländlichen Gebieten, Vergünstigungen der ÖV-Abos für Jugendliche sowie Familien und weitere Personen mit kleinem Budget.



STEUERSYSTEM GERECHTER MACHEN, GRÜNE WIRTSCHAFT FÖRDERN

Der Kanton Bern ist heute finanziell gut aufgestellt. Uns GRÜNEN ist es in den letzten Jahren immer wieder gelungen, gezielt Mittel für wichtige Anliegen freizumachen und so Projekte zu ermöglichen, die nicht auf der bürgerlichen Agenda Platz finden. So zum Beispiel für die Förderung der Pflegeausbildung oder den Ausbau der Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wir konnten die schädliche Abschaffung der Kirchensteuer für Unternehmen und den damit einhergehenden Abbau von sozialen Angeboten verhindern. Mit dem Ausbau der Innovationsförderung gelang ein wichtiger Schritt für gezieltere Wirtschaftspolitik.

Die finanzpolitische Doktrin der bürgerlichen Mehrheit im Kanton Bern ist knallhart: Steuergeschenke für Reiche und Grossunternehmen stehen an erster Stelle, obwohl zahlreiche Studien zeigen, dass der Kanton Bern im Steuerdumping-Wettbewerb nie mithalten können. Stattdessen braucht es Investitionen, um den Kanton zukunftsfähig zu machen, und gezielte Impulsprogramme für eine Grüne Wirtschaft. Wichtige Berner Wirtschaftszweige wie die Medtech-Branche, der Tourismus, die Industrie und die Landwirtschaft brauchen gute Rahmenbedingungen und gleichzeitig gezielte Regulierung, um ökologischer und sozialverträglicher zu werden.



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- Umsetzung des Green New Deals: ein Impulsprogramm für die Grüne Wirtschaft. Mit 240 Millionen Franken jährlich sollen die Nationalbankgewinne gezielt in die Klimawende investiert werden.
- Die Berner Wirtschaftsförderung unterstützt ausschliesslich Förderprojekte, die den Kriterien der Nachhaltigkeit und der Kompatibilität mit den Klimazielen entsprechen.
- Verzicht auf Steuergeschenke für Reiche und Grossunternehmen, stattdessen schrittweise Steuerentlastung für kleine Einkommen und die wachsende Gruppe an Menschen, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind.
- Schritte hin zu einem gerechteren Steuersystem durch die Abschaffung der Steuerprivilegien für Reiche, Einführung einer Steuer für hohe Erbschaften und ökologische Reform der Motorfahrzeugsteuer.
- Ausreichende jährliche Investitionen, um die staatliche Infrastruktur zukunftsfähig zu machen; Verzicht auf unnötige Investitions- und Schuldenbremsen.
- Pilotprojekte in der Kreislaufwirtschaft gemeinsam mit Unternehmen und Bevölkerung; Entwicklung und Umsetzung einer echten Strategie zur Förderung des nachhaltigen Tourismus zusammen mit den Tourismus-Gemeinden.



SOZIALEN ZUSAMMENHALT VERBESSERN, GESUNDHEIT ZUGÄNGLICH MACHEN

In der letzten Legislatur haben wir GRÜNE es geschafft, die Mindest-Sozialhilfe von 977 auf 1006 Franken zu erhöhen. Neu muss der Regierungsrat zudem die Armutsquote erheben und Massnahmen zur Verringerung erarbeiten. Auch bei der Prämienverbilligung fanden wir Mehrheiten, damit der Regierungsrat Erhöhungen prüfen muss. In der Gesundheitspolitik gelang es, wichtige Angebote in der Psychiatrie zu retten und die klinische Sozialarbeit zu stärken.

10 bis 15 Prozent der Menschen im Kanton Bern sind arm oder leben knapp über dem Existenzminimum. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren verschärft, ohne dass der Kanton angemessen reagiert: Gemeinden, Kirchen oder die Zivilgesellschaft müssen einspringen. Gleichzeitig versucht der Kanton unter Führung von Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg, viele Bereiche der Sozialpolitik nach einer Marktlogik umzuorganisieren und zu privatisieren. Der Gesundheitsbereich ist stark unterfinanziert – mitunter aufgrund früherer Sparrunden. Hier braucht es neue Lösungen, die für alle Mehrwert bringen. Wir brauchen ein starkes soziales Netz auf dem Land und in der Stadt, für Solidarität statt Einsamkeit und Möglichkeiten statt Armut.



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- Ergänzungsleistungen für Familien in prekären finanziellen Situationen.
- Ausbau der Prämienverbilligung, so dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Haushaltseinkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss.
- Ambulante Gesundheitszentren für Grundversorgung regional ausbauen und Ansiedlung von Hausärzt*innen in unterversorgten Regionen fördern, psychologische und psychiatrische Versorgung im ganzen Kanton ausbauen.
- Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen für Pflegefachpersonen in Alters- und Pflegeheimen wie auch in Spitälern.
- Mehr Ausbildungsplätze für Pflege- und medizinische Berufe schaffen und attraktiver und zugänglicher machen.
- Massnahmen ergreifen, damit Menschen, denen Sozialhilfe zusteht, diese auch beziehen, bedarfsgerechte Stärkung der sozialen Angebote, Arbeitsintegration erhalten statt liberalisieren.



VIelfältige Gesellschaft ermöglichen, Menschenwürde respektieren

2024 entschied der Grosse Rat mit Hilfe der GRÜNEN, dass Gemeinden künftig das Stimmrecht auch für Menschen ohne Schweizer Pass oder unter 18 Jahren einführen dürfen. Die Umsetzung durch den Regierungsrat steht noch aus. Kleine Fortschritte gibt es auch in der Gleichstellung: Mehr Kita-Kosten können bei den Steuern abgezogen werden. Zudem erhalten die Kitas in Zukunft etwas mehr Geld für die Betreuung von Babys und die Betreuungsgutscheine werden ausgebaut. Neu muss der Kanton eine Fachstelle für Menschen mit Behinderungen prüfen und ausreichende Sexualaufklärung für alle Kinder sicherstellen.

Kleine Schritte in der Gleichstellungspolitik sind heute machbar. Doch es braucht mehr Mittel, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für weniger Privilegierte zu ermöglichen. Zudem ist es dringend notwendig, genügend Schutzplätze für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt zu schaffen. Die Migrationspolitik im Kanton Bern wird von restriktiven Hardlinern mit Regierungsrat Philippe Müller an der Spitze geprägt; die Betreuung von Geflüchteten wurde in den letzten Jahren privatisiert und massiv gekürzt; Menschen müssen unter unwürdigen Bedingungen überleben. Wir engagieren uns für eine empathische Migrationspolitik, die unterstützt statt abschiebt und geflüchteten Menschen Perspektiven ermöglicht.



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- Kostenlose Kitas durch Integration der familienergänzenden Kinderbetreuung in das Bildungssystem und Einführung einer gesetzlich verankerten Elternzeit.
- Ausbau der Finanzierung für Frauenhäuser und Beratungsstellen bei geschlechtsspezifischer Gewalt, Sicherstellung einer professionellen 24/7-Notrufnummer.
- Wohnungen statt Zentren für Geflüchtete, Erhöhung der Nothilfe und menschenwürdige Bedingungen für abgewiesene Asylsuchende, Verbot von unterirdischer Unterbringung, mehr Mittel für Sprachkurse und Integration.
- Flächendeckende Sensibilisierungsprogramme gegen Antisemitismus und Rassismus für Schulen und Freizeitinstitutionen.



BILDUNG, KULTUR UND KINDER STÄRKEN

Dank unserer grünen Bildungsdirektorin Christine Häsler erreichten wir eine Erhöhung der Löhne für Lehrer*innen und bessere Bedingungen für Klassenlehrpersonen und Schulleitungen. Die Zugänglichkeit der Pädagogischen Hochschule für Quereinsteiger*innen und Teilzeitstudierende wurde verbessert, der Lehrpersonen-Mangel gelindert. Universität und Fachhochschule haben sich trotz knapper Grundfinanzierung durch den Kanton positiv weiterentwickelt. Im Kulturbereich wurden Institutionen und Kulturschaffende auch in schwierigen (Corona-)Zeiten wirksam gefördert.

Trotz stetig wachsender Anzahl Schüler*innen und steigenden Anforderungen an die Schulen verweigerte die bürgerliche Mehrheit immer wieder eine ausreichende Finanzierung. Das hat Folgen: Es mangelt weiterhin an Lehrpersonen, Sonderpädagog*innen und Schulleitungen; viele Schulen können ihren Auftrag nur dank hohem persönlichem Engagement erfüllen und die integrative Schule kommt unter Druck. Die Volksschule muss mit genügend Ressourcen ausgestattet werden, damit auch der Lehrer*innenberuf attraktiver wird. Auch die Hochschulen im Kanton Bern müssen gestärkt werden, gerade angesichts der Kürzungen auf nationaler Ebene. Auch in der Kulturpolitik stehen grosse, wichtige, aber auch finanzintensive Projekte an: Das Berner Museumsquartier wird schrittweise ausgebaut, prägende Institutionen wie das Historische Museum und das Kunstmuseum werden saniert und erweitert.



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- Weitere schrittweise Erhöhung der Löhne von Lehrpersonen, Verkleinerung der Klassen, flächendeckende Einführung von Co-Teaching, Ausbau der Schulsozialarbeit in allen Gemeinden.
- Einführung und Finanzierung von Frühförderungsangeboten in den Gemeinden zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit.
- Sicherstellung der Hochschulfinanzierung ohne Erhöhung der Studiengebühren, Ausbau des Stipendienwesens.
- Rasche Anerkennung von ausländischen Diplomen und Abschlüssen, Ausbau von Bildungsangeboten für Geflüchtete.
- Stärkung der kulturellen Ausstrahlung des Kantons Bern und Ausbau der Kulturförderung insbesondere in ländlichen Gebieten.



INNOVATIVE LANDWIRTSCHAFT UNTERSTÜTZEN, BIODIVERSITÄT ERHALTEN

Der Kanton Bern verfügt zwar über eine Biodiversitätsstrategie, fördert die Biodiversität aber nur mit knappen Mitteln. Dank Interventionen der GRÜNEN muss der Kanton immer wieder Rechenschaft über die ergriffenen Massnahmen ablegen. Mit der Berner Bio-Offensive wird der Bio-Landbau und -Konsum gefördert sowie das Angebot an biologischen Produkten vergrössert.

Für die Erreichung der Biodiversitätsziele im Kanton Bern werden viel zu wenig Ressourcen investiert. Bürgerliche Landwirtschaftspolitiker*innen blockieren eine stärkere Ausrichtung auf Bio-Landbau und andere Formen naturnaher und bodenschonender Landwirtschaft. Diese Politik belohnt die Agrarkonzerne und vernachlässigt unsere kleinen und mittleren Bauernbetriebe. Im grossen Landwirtschaftskanton Bern ist die Umstellung auf klimafreundlichere Tierhaltung, Bodennutzung, Verarbeitung und Vermarktung viel aktiver zu fördern – auch um die Klimaziele des Kantons zu erreichen. Das Potenzial ist insbesondere auch dank der Berner Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL gerade in Bern sehr gross. Dieses Potenzial müssen wir nutzen.



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- Ausbau der Fachstellen zur Förderung der Biodiversität und zur Bekämpfung invasiver Neophyten, besserer Schutz und Unterhalt der Biotope und weiterer Schutzgebiete auch in den Gemeinden.
- Förderung der Biodiversität in den Siedlungsgebieten.
- Stärkere Ausrichtung der landwirtschaftlichen Beratung auf Klimaverträglichkeit, Kreislaufdenken, Tierwohl, Bodenschutz, Humusaufbau und Biodiversitätsförderung.
- Einführung eines Förderprogramms für klimaschonende Pilotbetriebe, Unterstützung des ökologischen Wasserkreislaufmanagements und der Agroforstwirtschaft. Unterstützung von Logistiklösungen für landwirtschaftliche Direktvermarktung.
- Massnahmen für eine nachhaltige und gesunde Ernährung mit mehr frischen, saisonalen, in der Region produzierten Bio-Lebensmitteln, mit einer Stärkung der pflanzenbasierten Ernährung und weniger Food Waste. Öffentliche Einrichtungen, die Mahlzeiten anbieten, gehen dabei als Vorbilder voran.
- Verbot von gesundheits- und biodiversitätsgefährdenden Pestiziden, Massnahmen zum verstärkten Schutz des Trinkwassers, Bekämpfung der Verschmutzung von Böden und Gewässern durch Mikroplastik und PFAS.

Verabschiedet am 29. Oktober 2025
Delegiertenversammlung



GRÜNE Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
3007 Bern